

Die Grippe in Wien.

Die Beunruhigung der Bevölkerung über das neuerliche Auftreten der Grippe in Wien ist keine geringe, und wofür man kommt, werden wahre Schauererzählungen über die große Ausbreitung und den schweren Verlauf der Krankheit in einzelnen Fällen erzählt. Wenn auch zu dieser übertriebenen Ungleichheit gar kein Anlaß gegeben ist, da die schweren Fälle im Vergleich zu der großen Zahl von Fällen überhaupt doch nur vereinzelt auftreten, so muß doch gesagt werden, daß dringend zu vermeiden ist, der Krankheit durch Sorglosigkeit Vorschub zu leisten. Die Gesundheitsbehörden haben gestern mitgeteilt, daß der Selbstschutz der Bevölkerung das wichtigste Abwehrmittel ist und daß der beste Selbstschutz darin besteht, daß Gesunde den Verkehr mit Grippekranken soweit als möglich meiden und daß sie jede Veränderung in ihrem Wohlbefinden ernst nehmen.

Dazu wäre es vor allem nötig, daß man die Gelegenheiten, wo ein solches Zusammenkommen zwischen Gesunden und Kranken unvermeidlich ist, auf das äußerste Maß einschränkt. Insbesondere unserer Schwächsten sollen wir gedenken, der Kinder. Es wird jetzt vielfach die Sperrung der Schulen begehrt. Entschließt man sich zu dieser Maßnahme, so muß man folgerichtig auch alle Sorten und sonstigen Sammelstätten der Kinder sperren. Denn was von der Schule gilt, daß sich im geschlossenen Räume in der Masse leichter die Krankheit von einem zum anderen überträgt, das gilt auch von allen diesen Anhalten und Einrichtungen. Wird aber diese Maßregel getroffen, dann ist die notwendige Folge, daß viele Tausende von Familien in die schlimmste Verlegenheit geraten. Was sollen die Mütter mit den Kindern anfangen, die sie heute tagsüber in der sicheren Obhut der Schule und eines Hortes wissen? Wenn man sich nur diese Frage stellt, so wird man schon sehen, daß auch diese Maßnahme zwei Seiten hat und daß dabei mancherlei zu bedenken ist. Die Mütter können nicht von der Arbeit zu Hause bleiben, weil sie sonst die Kinder nicht ernähren können. Sie können aber auch schwer die Kinder völlig sich selbst überlassen. Tausende von Proletarierhaushalten sind heute darauf eingestellt, daß die Kinder tagsüber unter öffentlicher Obhut stehen. In allen diesen Haushalten würde die Sperrung der Schulen und folgerichtig auch der Kinderhorte ein schwerer Schlag sein, der sich nur in einzelnen Fällen durch nachbarliche Hilfsfreudigkeit überwinden ließe. Die Frage ist also, aus welcher Verfügung die größere Gefahr kommt. Daß diese Frage nicht leicht zu beantworten ist, wird der Einsichtige zugestehen müssen. Der Landes sanitätsrat wird also in seiner heutigen Sitzung, in der er über solche Maßnahmen zu beraten haben wird, keine leichte Arbeit haben.

Heute ist es so, daß man sich erst entschließt, einzelne Schulklassen zu schließen, wenn in dieser Klasse mehrere Fälle bereits aufgetreten sind. Das wird in der Bevölkerung vielfach als eine halbe Maßnahme angesehen und viele um ihre Kinder besorgte Mütter lehnen sich dagegen auf. Da wird es vielleicht doch am besten sein, wenn man die Entscheidung darüber, ob ein Kind die Schule besuchen soll oder nicht, im allgemeinen den Eltern überläßt. Die Kinder, die von den Eltern aus Vorsicht zu Hause gelassen werden, müßten dann allerdings in der Schule als entschuldigt gelten. Gesundheitlich hätte eine derartige Maßnahme jedenfalls den Vorteil, daß die in der Regel sehr überfüllten Wiener Schulklassen weniger bevölkert wären, so daß die Ansteckungsgefahr doch eine geringere wäre. Auch hätten die Lehrpersonen leichter die Möglichkeit, selbst Kinder auszuschleichen, die ihnen krankheitsverdächtig erscheinen. Daß die Ueber-

füllung der Wiener Schulen, über die schon im Frieden immer geklagt wurde und die durch die Verwendung der Schulen für Militärzwecke zum Standal angewachsen ist, ihr gut Teil zur Verbreitung der Seuche beiträgt, ist sicher. Vor einem Jahre haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Unterrichtsausschuß die Wiedereröffnung der Wiener Schulen begehrt und heute ist dieses Begehren noch lange nicht reiflos erfüllt. Die Unterrichtsbehörde sowohl wie die bürgerlichen Gesundheitsbehörden haben sich auch in diesem letzten Jahre schwächer erwiesen als die Militärgewalt, die vielleicht in den vorangegangenen vier Kriegsjahren Zeit genug gehabt hätte, die Schulen, die im ersten Kriegsdummel bereitgestellt worden sind, wieder freizumachen und sich andere Räume zu schaffen. So trägt sich auch dieser Mangel an Tatkraft, dessen sich die bürgerliche Behörde schuldig gemacht hat und die Selbstherrlichkeit der Militärgewalt, die alles und jedes in ihren Dienst stellt ohne Rücksicht darauf, was für Folgen daraus entstehen können.

Ähnlich wurde gestern gemeldet, daß auch im Zentralarrest die spanische Grippe ausgebrochen ist und daß bis auf weiteres Häftlinge von auswärtigen Stationen nicht übernommen werden. Dieser letzte Satz deutet darauf hin, daß es sich um den willkürlichen Zentralarrest in der Rohauerfaserne handelt. Unsere bürgerliche Gerichtspflege kennt überhaupt keinen Zentralarrest. Es kann also nur der Zentralarrest in der Rohauerfaserne gemeint sein, gegen den schon seit langem schwere Klagen geführt werden. Die Militärjustizverwaltung hat diese Klagen allerdings bisher nicht erhört. Die Arreste sind ungeheuer überfüllt. Sie sind von Ungeheurer aller Art bevölkert und es ist notwendig, daß man nun, da auch die Grippe in diesem Arrest Einzug gehalten hat, zu ernstlichen Auskunftsmaßnahmen greift. Daß man den neuen Zustub von Häftlingen verhindert, damit ist noch nichts getan. Die gegenwärtig angehaltenen Häftlinge sind dadurch noch nicht vor der Grippe bewahrt. Die einzig wirksame Maßnahme wäre, die Häftlinge, die sich ja dadurch nicht aus dem Bereich der Militärmacht entfernen, auf freien Fuß zu setzen und zu ihren Truppenkörpern zu schicken, soweit sie gesund sind. Die Kranken aber müssen in eerste ärztliche Behandlung kommen, nicht im Zentralarrest, sondern in Militärspitälern. Geschieht das nicht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein grausames Spiel mit Menschenleben getrieben wird.

Kritisches Aufwachen der Arzneinot.

Die Szenen, die sich bei der Abweisung von Rezepten in den Wiener Apotheken abspielen, haben eine Abwehr des Apothekergremiums veranlaßt. Es hat ein Schreiben an den Vorstand der Wiener Ärztekammer gerichtet, in dem der Mangel an Bismutpräparaten, die für eine Reihe innerer und äußerer Leiden sehr wichtig sind, zu erklären versucht und jede Verantwortung für die Abweisung von Rezepten abgelehnt wird. Die Bismutpräparate sind unter Sperre, das heißt sie können nur unter Bewilligung der Fachstelle (Arzneimittelzentrale) bezogen werden. Nun ist die Zentrale nicht in der Lage, Bismutgegenstände zuweisen zu können, weil solche im Handel gänzlich fehlen und auch auf absehbare Zeit aus Deutschland nicht erhältlich sind. Um den höchst peinlichen Auseinandersetzungen mit den Ärzten, die Arzneien auf Grund von Rezepten nicht erhalten zu begegnen, wird die Ärztekammer in Kenntnis gesetzt, daß Bismut carbonic, salicylic (Dermatol), subnitric und Xeroform für äußerliche Zwecke überhaupt nicht verschrieben werden sollen und für innerlichen Gebrauch auf das äußerste eingeschränkt werden müssen. Es sind nur noch ungeschriebene kleine Vorräte vorhanden.